

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d

## Inhalt

Hans Koschnick zum Massaker von Istanbul: Bemühungen um den Frieden fortsetzen.

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB zum 13. Jahrestag des Militärputsches in Chile: Wie lange noch?

Seite 2

Dr. Dietrich Sperling MdB zur Weigerung der Bundesregierung, das Energiewirtschaftsgesetz zu novellieren: Niederlage für den Umweltminister.

Seite 3

Dr. Rudi Schöffberger MdB zum Versuch der bayerischen Staatsregierung, Religionskritik strafbar zu machen: Verfassungswidriger Gesetzentwurf.

Seite 4

41. Jahrgang / 171

9. Oktober 1986

Der Nahe Osten braucht den Frieden

Die Bemühungen um Ausgleich müssen fortgesetzt werden

Von Hans Koschnick

Vorsitzender der Internationalen Kommission beim Parteivorstand der SPD  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Nach dem Massaker in Istanbul, nach diesem furchtbaren Morden in einem Gotteshaus, regen sich nicht nur Gefühle des Entsetzens und des Abscheus gegen diese terroristischen Gewaltakte, gegen das erneute Vergießen des Blutes Unschuldiger. Die Frage erhebt sich, ob nicht auch die arabischen Schürer erkennen müssen, daß Mordanschläge dieser Art Schäden auch für die arabische Sache mit sich bringen. Hier wird die arabische Welt ein eigenes Urteil treffen müssen. Ich hoffe, daß die Gültigkeit humanitärer Prinzipien auch im Spannungsbereich des Nahen Ostens wiederhergestellt wird, Hass und Schrecken sich nicht weiter ausbreiten.

Wer bei aller emotionalen Erschütterung versucht, die Lage ruhig zu analysieren, wird erkennen, daß hier die Extremisten der einen Seite denen in die Hände spielen, die ihrerseits nicht an eine friedliche Lösung mehr glauben. Die aufbrechenden Auseinandersetzungen im israelischen Kabinett, die Verteufelung der Bemühungen von Shimon Peres, für Ausgleich und Frieden eigenständige israelische Beiträge zu leisten, machen deutlich, wohin der Weg führen kann. Über Vergeltung hinaus drohen sich die Beziehungen zu den arabischen Nachbarn zu verschlechtern, mit Folgen, die den Menschen der ganzen Region neue zusätzliche Opfer auferlegen.

Dem Einhalt zu gebieten und weiterhin den beschwerlichen und mühseligen Weg des Ausgleichs weiterzugehen, ist eine Anstrengung, die die Grenzen des einzelnen übersteigen mögen. Sie sollten dennoch weiter gewagt werden, denn ohne Ausgleich keine Verständigung und ohne Verständigung kein Frieden. Die Menschen im Nahen Osten brauchen Frieden. (-/9.9.1986/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner  
in allen Bundesländern  
Reg. Nr. 1/1986



Wie lange noch?

In Chile jährt sich zum 13. Mal der Putsch der Militärs

Von Ernst Waltemathe MdB

Wie lange noch? 13 Jahre Diktatur, wie lange noch? Mal ist die Tonlage dieser Frage, die alle politischen Ereignisse in Chile begleitet, verzweifelt, mal resignativ, mal hoffnungsvoll.

Hoffnungsvoll war sie besonders in diesem Jahr nach dem Fall der Diktatoren Marcos und Duvalier, nach den Drohungen der USA, Pinochet ihre Unterstützung zu entziehen; hoffnungsvoll klang sie angesichts der wachsenden Einigkeit der Opposition, dem wachsenden Widerstand der armen Vorstadtbewohner, der Berufsverbände, der Studenten und Frauen. Hoffnungsvoll, weil bisher einzigartig, wurde auch die Zivilcourage eines Richters vermerkt, der im August Haftbefehle und Anklage gegen 38 Militärs und zehn Zivilisten erhob, die 1978 zehn Kommunisten verschwinden ließen. Bisher sind die Verdächtigen (natürlich) nicht verhaftet worden.

Verzweifelt stellt sich diese Frage angesichts des wachsenden Terrors paramilitärischer Kommandos, angesichts solcher Untaten wie die lebendige Verbrennung der beiden Jugendlichen Rodrigo Rojas Denegri und Carmen Gloria Quintana. Verzweifelt erklärte Rodrigos Mutter, die selbst ein Jahr in chilenischen Gefängnissen saß, weil sie Familienangehörige politisch Gefangener unterstützte: „Wenn es notwendig ist, werde ich die ganze Welt umdrehen, damit der Tod meines Sohnes nicht zu einem der vielen ungestraften Verbrechen Pinochets wird.“

Resignativ bleibt jetzt der Tonfall nach dem mißglückten Anschlag auf Pinochet, der sich nun erbarmungslos und blutig rächen wird, obwohl seine Hände längst blutverkrustet sind. Mit internationaler Anteilnahme darf er nicht rechnen, macht sich die Grausamkeit und Unnachgiebigkeit der Militärherrschaft doch direkt an seiner Person fest.

Wie lange noch? In diesem Bewußtsein fordert die SPD einen gemeinsamen Beschluß des Deutschen Bundestages, der lautet: „Der Deutsche Bundestag verurteilt die erneute Verschärfung der Repression in Chile. Er verurteilt die gravierende Verletzung der Menschenrechte durch die chilenische Militärdiktatur. Er sichert den demokratischen Kräften in Chile seine Solidarität und Unterstützung in ihrem Kampf für die Demokratie zu.“

(-/9.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



Niederlage für den Umweltminister

**Keine Novellierung des Energiewirtschafts-Gesetzes**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Bekanntlich hat Bonn seit einiger Zeit einen Umweltminister, und man geht allgemein davon aus, daß er was tut. Jedenfalls agiert er einigermaßen medienwirksam. Man kann allerdings vermuten, daß dies auch seine eigentliche Aufgabe ist, denn in der Sache, in der Politik für die Umwelt, ist nichts Neues erkennbar und bei seinen Auftritten, Reden und Erklärungen noch nichts herausgekommen. Wallmann bewegt nicht mehr als Zimmermann, und der hat wenig bewegt.

Jüngstes Beispiel: Seit nunmehr drei Jahren liegen die Vorschläge der Umweltministerkonferenz zur Änderung des von 1935 stammenden Energiewirtschafts-Gesetzes auf dem Tisch.

Die Umweltminister, auch die von CDU-geführten Landesregierungen, wollen dieses Gesetz so anpassen, daß in der Energieversorgung ökologische Belange stärker als bisher berücksichtigt werden. Dies ist auch dringend erforderlich.

Nur: Die Bundesregierung kommt zu keiner Einigung, weil ihr Wirtschaftsminister jede Novellierung dieses Gesetzes blockiert.

Was macht man, wenn man sich weder auf Ja noch auf Nein einigen kann: Man prüft...

Die Bundesregierung prüft seit 1983, und es ist nicht erkennbar, daß sie damit fertig wird. Letzte Auskunft in der Fragestunde Sommer 1986: Sie prüft noch immer.

Diese (Schein-)Dauerprüfung ist eine eindeutige Antwort geworden: Die Bundesregierung ist nicht zu einer Änderung des Energiewirtschafts-Gesetzes bereit. Wer so tut, als prüfe er noch, handelt nicht und läßt damit seine Absicht erkennen.

Also: Auch der neue Umweltminister hat gegen die Wirtschaftslobby keine Chance.

(-/9.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

\* \* \*

**BERICHTIGUNG**

In unserem gestrigen Beitrag von Frau Dr. Renate Lepsius MdB „Haus der Geschichte' nicht der Bürokratie überlassen / Der Einfluß des Wissenschaftlichen Beirates muß gestärkt werden" wurde der vorletzte Satz im dritten Absatz unter Punkt „3. Wissenschaftlicher Beirat" (nicht „Wissenschaftlicher Dienst") verkürzt wiedergegeben. Er lautet: „Bei einer Korrektur des Stiftungsgesetzes, etwa in der vorgeschlagenen Form, würde die SPD-Fraktion in die Lage versetzt, sinnvoll im Kuratorium mitzuarbeiten und die Entscheidungen im Kuratorium für die Öffentlichkeit transparent zu machen."

CSU bringt verfassungswidrigen Gesetzentwurf ein

Im Bemühen, konservative Wähler zu halten, will man die Religionskritik strafbar machen

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB  
Vorsitzender der Bayerischen SPD

Die CSU-Staatsregierung tanzt also auch auf der Hochzeit des kulturellen Provinzialismus, um die Abwanderung vieler bayerischer konservativer Kreise zu stoppen. Rechtzeitig vor der Landtagswahl, aber so kurzfristig, daß darüber nicht mehr entschieden werden kann, hat sie als Gastgeschenk einen verfassungswidrigen Gesetzentwurf im Bundesrat (Drucksache 367/86) eingebracht.

Die Terminierung spricht Bände für das schlechte verfassungsrechtliche Gewissen der Staatsregierung. Bezeichnenderweise schweigt auch die bayerische FDP; auch sie ist schließlich auf konservativem Stimmenfang.

Es geht um die Änderung des Paragraphen 166 StGB, der die öffentliche Beschimpfung von Bekenntnissen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften unter Strafe stellt. Strafbar ist bislang, wer dies in einer Weise tut, die geeignet ist, „den öffentlichen Frieden zu stören“. Nach dem Vorschlag der CSU soll nun jeder strafbar sein, der öffentlich religiöse oder weltanschauliche Bekenntnisse anderer beschimpft, ob nun der öffentliche Friede dadurch gestört wird oder nicht.

Wir dürfen nun alle gespannt sein, wie sich der aus München stammende FDP-Bundesjustizminister und seine Bonner Kollegen verhalten werden. Die Reform von 1969 des (alten) Paragraphen 166 StGB war ein altes liberales Anliegen. Nun aber läßt die FDP offenkundig den Vorschlag aus Bayern noch eine Weile augenzwinkernd im Bundesrat kochen, ehe sie öffentlich Stellung bezieht, weil sie dem CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Strauß vor der Landtagswahl keinen weiteren Reibungspunkt bieten will.

Der Paragraph 166 StGB war immer von geringer unmittelbarer praktischer Bedeutung; neben primitiven Ausfällen von Schmierern war seine alte Fassung hauptsächlich gegen Aussagen von kritischen Künstlern gerichtet. So zielt auch die nun wieder eingebrachte Rück-Reform vor allem gegen den Film „Das Gespenst“ von Herbert Achternbusch. Die einseitige Prägung der Rechtsordnung durch ein religiöses Bekenntnis widerspricht der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Grundgesetzes.

Gustav Heinemann hat in seiner ersten Rede als Bundespräsident gesagt: „Die Fragen des Guten, des Schönen, der Wahrheit, des Glaubens verweist unsere Ordnung als nicht abstimmbare auf dem Weg des Dialogs und in die Obhut der Toleranz.“ Dies gilt auch heute noch. Die kritische und engagierte Toleranz unter Demokraten ist offenbar bei den vielen Diskussionen um die innere Sicherheit auf der Strecke geblieben. Nur so ist verständlich, daß über diesen Gesetzesantrag noch nicht ein Sturm der Empörung hinweggefegt ist. Die CSU ist aufgefordert, den Gesetzesantrag schleunigst wieder zurückzuziehen und auf die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung zurückzukehren.

(-/9.9.1986/va-he/rs)

\* \* \*

